

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich 24 M., halbjährlich 48 M., monatlich 8 M. frei Haus, Einzelnummer 5 J. Die tägliche Belegzeitung erscheint sechs Mal wöchentlich. — Sprechstunde der Redaktion 9 bis 6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückgesandte und mit Rückporto nicht bezogene Einblendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Anzeigenpreise: 10-12 Spalten 2.40 Familienanzeigen 2.25. für Seite 2.-, an Stelle von 2.-, — Adressen: Adressenänderungen nur durch Verweiser in ungetragener Hülle, mit der Rücksichtnahme für die Abfertigung nicht abwesende Handlung in Dresden: Schmidt'sche Buchhandl., Joh. F. Weg. 10, Schillerstr. 10 an Dresden. (Telef. 4221) d. d. Preisliste 1

Die Londoner Konferenz

Die Reparationsfrage

London, 20. Dez. Die Konferenz legte von mittig 12 Uhr bis 1 Uhr. Sie setzte die Prüfung des Standes der Reparationsfrage fort und zog dabei die Verhältnisse in Deutschland und die Möglichkeiten in Betracht. Die Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu Gebote stehen. Außerdem erörtere die Konferenz Mittel zur Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage Europas. Die Konferenz wird morgen um 11 Uhr vormittag ihre Beratungen wieder aufnehmen.

London, 20. Dez. Heber die heutige Konferenz verlautet noch: Lord George habe für Anfang Januar eine fünf-mächtige Konferenz vorgeschlagen, zu der auch die Vertreter Deutschlands und Rußlands eingeladen werden sollen.

London, 20. Dez. Der politische Berichterstatter des „Star“ schreibt, die französischen und die britischen Ansichten über die Methode der Behandlung der deutschen Reparationen gingen so weit auseinander, daß es eine schwierige und heikle Sache sei, den Schleier zu lüften und die Arbeit der Erörterungen zu erleichtern.

Internationale Anleihe

Paris, 20. Dezember. Der Londoner Berichterstatter der Agence Havas meldet über den gestrigen Meinungsanstand zwischen Poincaré und Horne und den beiderseitigen Sachverhältnissen: Man scheint sich beiderseitig dem Plane einer Internationalisierung der deutschen Schulden durch Auflegung einer internationalen Anleihe zu nähern, die von der deutschen Regierung begeben und durch Forderungen sichergestellt werden würde. In der heute vorantig abgehaltenen Sitzung der Sachverständigen würden Stellung und andere Punkte vorgetragen werden, die mit dem erwähnten Plane zusammenhängen.

London, 20. Dezember. Der politische Berichterstatter des „Evening Standard“ will aus bester Quelle erfahren haben, daß sowohl die britischen als auch die französischen Sachverständigen die Ansicht vertreten hätten, Deutschland sei in der Lage, zu zahlen und dürfe für die Januar- und Februar-rate kein Moratorium erhalten. Außerdem stimmten die Sachverständigen darin überein, daß selbst ein teilweises Moratorium für künftige Zahlungen begehrt sein müsse von festen Garantien von Seiten Deutschlands, daß es seine Finanzen in Ordnung bringen werde. Dies bedeutete eine Ausdehnung der Befugnisse des Garantiekomitees, mit anderen Worten die Einsetzung eines behördlich gestellten Verwalters.

Die französische Spezialnote

London, 20. Dez. Laut „Manchester Guardian“ verlautet von französischer Seite, daß die dem britischen Schatzamt gestern unterbreitete französische Note im wesentlichen bedeute, daß Frankreich bereit sei, einem teilweisen bzw. vollständigen Moratorium für die deutschen Zahlungen zuzustimmen, jedoch unter Bedingungen. Die Note erinnere daran, daß, als im vorigen Mai der alliierte Reparationsplan aufgestellt worden sei, ein Garantiekomitee geschaffen wurde. Man habe dieses Komitee jedoch mit keiner Kontrolle über die innere Verwaltung Deutschlands ausgestattet. Darauf sei der Mißerfolg sowie die Nichterfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen zurückzuführen. Wenn der deutsche Reichskanzler die Garantiekommision hinter sich gehabt hätte, so würde er stark genug gewesen sein, finanzielle Reformen einzuführen, die Deutschland in die Lage versetzt hätten, zu zahlen. Die französische Note erkläre weiter, es müßten Garantien dafür geschaffen werden, daß Deutschland durch eine Finanzreform in den Stand gesetzt werde, in dem auf den Zeitpunkt des Moratoriums folgenden Jahre seine Reparationen zu zahlen. Die genaue Art der von Frankreich geforderten Garantien sei noch nicht festzustellen. Von französischer Seite würde jedoch angenommen, daß die vorgeschlagenen Garantien umfassen: die Kontrolle über die deutschen Bälle und die Fortsetzung, daß die Reichsbank von der deutschen Staatskontrolle befreit werde, mit anderen Worten: daß sie die volle Unabhängigkeit erhalte, wie sie die Bank von England oder die Bank von Frankreich besitzen, und nicht auf Gehalt der deutschen Regierung eine unbeschränkte Menge von Papiergeld auszugeben brauche.

Paris, 20. Dez. „Journal des Debats“ wendet sich heute abend heftig gegen die angeblichen Pläne, die von London aus als wirtschaftliches Mittel seit gestern verbreitet wurden. Es sei nicht recht zu erkennen, wie der britische Handel seine Prosperität wiederfinden noch wie sich der Wechselkurs des Franc beseitigen, wenn die Alliierten dem bolschewistischen Abgrunde die ungeheuren Kapitalien opfert, die für die Wiederbelebung Rußlands nötig seien. England, Frankreich und Deutschland hätten schon selbst nicht genug verfügbares Kapital. Es sei keine Einbildung, zu glauben, daß die bolschewistische Regierung zusammenzuführen werde, sobald England, Frankreich und Deutschland freundschaftlich miteinander im alten Porenreiche arbeiten würden. Die vorkriegige Kombination einer engeren Wirtschafts-einigkeit mit Deutschland zur Ausbeutung Rußlands sei abzulehnen. Wenn das Deutsche Reich keine verfügbaren Mittel zum Aufbau Rußlands verwenden würde, wie könne es dann Frankreich bezahlen. Zur Frage der Rheinflaute sagt das Blatt, nicht gegen einen militärischen Angriff müsse Frankreich

auf mehrere Jahre geschützt sein, sondern gegen die Nichtausführung des Vertrags von Versailles. Der Vorschlag der Kollaboration für Frankreich und das zivilisierte Europa wäre es gewesen, die Abstrümpfung der Lasten, die Deutschland sehr rasch alle Vorteile numerischer Überlegenheit und seiner gebornen militärischen Organismen geben würde. Die Pläne, die die Londoner Versprechungen enthalten, glichen einer Kapitalisierung Europas vor Deutschland und einer Verdrängung des neuen Europas.

Die Verhandlungen Rathenaus

Paris, 20. Dez. Wie der „Petit Parisien“ aus London berichtet, hat Dr. Rathenau gestern abend Ödome einen Besuch abgeleistet. Nach dem „Matin“ ist es wahrscheinlich, daß Dr. Rathenau und Staatssekretär Fischer, der Vorsitzende der Arbeitslosen-Kommision in Paris, informatorisch gebildet werden, wenn die französisch-britischen Verhandlungen zu einem grundsätzlichen Einverständnis geführt hätten. — Die „Times“ bezeichnet das Geschehen Rathenaus als zündend.

Paris, 20. Dez. Nach einer Mitteilung aus London hatte Rathenau heute vormittag eine Unterredung mit Dr. Rathenau.

Frankreichs Forderungen

Paris, 20. Dez. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Washington hatten die französischen Delegierten Sarraut, Vofschäfer, Joffe und Admiral de Vou mit dem Staatssekretär Hughes eine ja, zweifelhafte Unterredung. Sarraut äußerte sich des näheren über die Bedingungen, die der Delegation von der französischen Regierung zugeworfen waren. Obwohl sich die Delegation jeder Neuerung über die Forderungen Sarraut's enthielt, glaubt man zu wissen, daß die Antwort Frankreichs in Bezug auf die Verschuldungsschritte sehr entgegenkommend sein solle, aber die Abicht erkennen lasse, in Bezug auf die Unterbedeutung und Zeichen Kreuzer die früher vorgelegenen Ziffern beibehalten zu wollen.

Nach einer Meldung aus Washington sollen die neuen Vorschläge der französischen Marinebehörden folgende Stuppen für das französische Vayprogenam vorzulegen: 1935: 161.000 Tonnen, alles alte Schiffe, 1938: 200.000 Tonnen, davon zwei ältere und sechs neue Schiffe, 1936: 235.000 Tonnen, davon ein älteres und sieben neue Schiffe, 1941: 350.000 Tonnen in zehn neuen Schiffen.

Das Viermächteabkommen

Paris, 20. Dezember. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington haben offizielle Persönlichkeiten gestern erklärt, nach Ansicht sowohl des Präsidenten Harding, wie auch der amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz verpflichte der Viermächtevertrag im Stillen Ocean in keiner Weise die Signaturmächte, sich insofern eines Beispruchs der übrigen drei Mächte an einem bewaffneten Konflikt zu beteiligen. Es werde angenommen, daß diese Erklärung gegen die Vorwürfe der Senatoren La Follette und Hoey gerichtet sei, daß das Abkommen ein verkapptes Militärbündnis sei.

Ein Abkommen zwischen Japan und der Sowjetregierung

Washington, 21. Dezember. Zwischen der Sowjetrepublik der ferneren Ostens und Japan ist ein Abkommen getroffen worden: 1. Die Forts von Wladimirovsk werden von den roten Truppen geräumt. 2. Wladimirovsk wird ausschließlich Handelszwecken dienen. 3. Die von der Regierung in Tokio im letzten Frühjahr in Wladimirovsk mit Japan getroffenen Vereinbarungen werden bestätigt. 4. Die japanischen Truppen räumen die besetzten russischen Gebiete im Laufe des Monats Januar.

Die oberschlesischen Verhandlungen

Bratzen, 20. Dezember. Abgesehen von den Unterkommissionen für Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Verkehrsfragen, die auch zu Verhandlungen und Verhandlungen weitergetragen werden, unterbreiten die Kommissionen mit Rücksicht auf die Feiertage, und nachdem die Verhandlungen zu einem gewissen Abschluß geführt werden konnten, ihre Arbeiten. Nachdem Reichsminister a. D. Dr. Schiffer bereits gestern Oberschlesien verlassen hat, wird heute abend auch der größte Teil der Kommission mit Staatssekretär Kowalski abreisen.

Die Regelung der Danziger Optionsfragen

Berlin, 20. Dezember. Mit Danzig ist bereits am 8. November 1920 ein Vertrag über die Regelung der Optionsfragen abgeschlossen worden, der jetzt die Zustimmung des Reichstages gefunden hat. Der Vertrag konnte aber bisher nicht in Kraft treten, weil sich Schwierigkeiten hinsichtlich der Ratifikationen erhoben. Die Schwierigkeiten hängen mit der bekannten Konvention zwischen Danzig und Polen zusammen und konnten erst jetzt durch Verständigung mit der polnischen Regierung beseitigt werden. Die Ratifikationen sind am 15. Dezember ausgetauscht worden, so daß mit dem 17. Dezember der Vertrag in Kraft getreten ist. Es wird darauf hingewiesen, daß die Optionsfrist gemäß dem Vertrag von Versailles bereits am 10. Januar 1922 abläuft, so daß die Optionsberechtigten in ihrer Entscheidung für die eine oder andere Staatsangehörigkeit jetzt mit größter Eile handeln müssen.

Das gesteckte Ziel

Der Artikel „Sächsische Personalpolitik“ in Nr. 284 der „Sächsischen Volkszeitung“ vom Mittwoch den 14. Dezember hat weder dem Herrn Staatsminister Lipski noch dem neuen sozialistischen Ministerialrat Herrn Dr. Lempe gefallen. Das war ja auch nicht der Zweck des Artikels. So sehr wir menschlich dafür Verständnis haben, wie unangenehm es die Herren empfanden, daß ihre Kreise dadurch gestört wurden, so wenig liegt für uns irgend eine Veranlassung vor, auch nur ein Wort davon zurüdzunehmen. Ganz im Gegenteil! Denn die Vorkommnisse bei der Einweisung des Ministerialrates Dr. Lempe am 15. Dezember geben erst recht Veranlassung, auf die Dinge erneut hinzusehen.

Der Herr Minister des Innern hat diese Gelegenheit dazu benutzt, zu erklären, — nach dem Berichte der „Sächsischen Staatszeitung“ Nr. 294 vom 18. Dezember —: „Der Regierung seien bereits vor der Ernennung des Amtschefmanns Dr. Lempe zum Ministerialrat durch frühzeitige Veröffentlichung in der Presse Schwierigkeiten bereitet worden, und auch reactivities seien wieder Breisangriffe erfolgt.“ Soweit die Veröffentlichungen in der „Sächsischen Volkszeitung“ in Frage kommen, müssen wir ganz entschieden in Abrede stellen, daß eine frühzeitige Veröffentlichung erfolgt ist. Der Artikel ist bei uns in der am Dienstag nachmittag erscheinenden Ausgabe veröffentlicht worden, die Einweisung des Herrn Dr. Lempe in sein Amt ist knapp zwei Tage später, nämlich am Donnerstag mittig, erfolgt. Wenn trotzdem der Herr Minister des Innern die Veröffentlichung als frühzeitig unangenehm empfunden hat, so zeigt gerade dieser Umstand, daß es höchste Zeit war, über gewisse Vorgänge im Ministerium des Innern des Sälers zu läuten. Man erhebt aus diesem Vorgange, daß nicht nur die Vorkommnisse eine Vorliebe für die Geheimhaltung haben, sondern daß auch ein unabhängig-objektiver Minister anstehend an dieser Politik Geschmack gewonnen hat. Das berichtet uns so sonderbar, da ja gerade die Partei des Herrn Ministers Lipinski einst im Mai der Oppositen der Sozialdemokratie mit großer Schärfe den Kampf gegen die Geheimpolitik geführt hat. Die Rede, die Minister Lipinski bei der Einweisung Dr. Lempes gehalten hat, stellt einen Dichterleistungsvorlauf dar. Wer den Dingen nicht bis ans Herz hinan gegenüber steht, der wird zugeben müssen, daß dieser Rechtfertigungsversuch völlig mißglückt ist. Jemandem beweiskräftige Gründe, warum Lipinski den im besten Alter stehenden Ministerialdirektor Dr. Schmitt aus Altona nicht absetzt, hat der Minister nicht erbringen können. Er hat vielmehr anerkennen müssen, daß Ministerialdirektor Dr. Schmitt seit der Revolution sich auf den neuen Staat eingestellt habe, und er hat auch seine Fähigkeiten und seine Arbeitsfreudigkeit vorbehaltlos anerkannt. Der Minister erklärte, er bringe diese Anerkennung dadurch zum Ausdruck, daß er Herrn Dr. Schmitt für einen anderen gleichwertigen Posten dem Gesamtministerium zum Vorschlag gebracht habe. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Wir haben schon in Nr. 288 darauf hingewiesen, daß in gewissem Sinne die Berufung Schmitts zum Präsidenten der Oberrechnungskammer wohl eine Beförderung darstelle, zugleich aber eine Abseignung ersten Ranges.

Das einzige, was Lipinski anführen konnte, waren grundsätzlich verschiedene Auffassungen zwischen Dr. Schmitt und ihm über die Auswirkung der Wehrdienstorganisationen. Diese Differenzen mit Dr. Schmitt würden bis zum Januar zurückzuführen und seien im Sommer akut geworden. Es ist ganz selbstverständlich, daß Ministerialdirektor Dr. Schmitt Bedenken gegen die Willkürmaßnahmen des Herrn Lipski gehabt hat. Daß er unverschämten dem Minister diese Bedenken zum Ausdruck gebracht hat, kann ihn nur ehren. Aber Herr Lipski hat bei der Einweisung am letzten Donnerstag mit diesen seinen Ausführungen um den Kern der Sache herumgesprungen. Gewiß sind die Differenzen im Sommer akut geworden. Es hätte einen besseren Eindruck gemacht, wenn Herr Lipski den Mut besessen hätte, den wahren Grund dieser Differenzen zu nennen. Wir wollen daher das nachholen und erklären, daß die Differenzen durch die Berufung des unabhängigen Sozialisten Ruffel zum Amtschefmann von Leipzig über den Kopf des jetzigen Ministerialdirektors hinweg akut geworden sind. Auch wir sind der Ansicht, daß die Komten des neuen Staatsrat sich auf diesem einlassen müssen, allerdings nicht auf den Inhalt der Diktatur, sondern auf den demokratischen Staat. Wenn aber ein Mann in einem so verantwortungsvollen Amte, wie es Ministerialdirektor Dr. Schmitt bekleidet hat, berechnete Bedenken hegt und äußert bei der Berufung einer so ungeeigneten Person wie Ruffel zum Amtschefmann von Leipzig, so tut er nur seine Pflicht. Ihn aus diesem Grunde fallzusetzen und aus seiner Stellung zu entfernen, ist ein Vorgehen, für das es eine Rechtfertigung einfach nicht gibt.

Nun hat Herr Lipski in Bezug auf die Breisangriffe in seiner Rede weiter erklärt, das dürfe weder Dr. Lempe noch

...der Praktikum... 40 Blatt... 211... Dresden-N. 1994... 1977